

# Lüdenscheider Nachrichten

WESTFÄLISCHER ANZEIGER  
DONNERSTAG, 20. JANUAR 2022

NR. 16 | € 2,10 | COME-ON.de

Einfach. Überall. Informiert.

mit dem E-Paper  
Ihrer Tageszeitung.

epaper.wa.de



## LOKALES

### Fledermäuse an der Talbrücke

Lüdenscheid – An der maroden Talbrücke Rahmede wurden in einem Brückenpfeiler mehrere Exemplare einer gefährdeten Fledermausart nachgewiesen. Auch weitere geschützte Tiere leben dort. Die Funde könnten den Abriss und Neubau der Talbrücke verzögern. Die Autobahn GmbH Westfalen bestätigte auf Anfrage das Vorkommen von Fledermäusen. » LÜDENSCHIED

### Omikron-Rate bei 99 Prozent

Lüdenscheid – Die Omikron-Rate liegt im Medizinischen Labor Wahl in Hellersen inzwischen bei 99 Prozent. Die Welle trifft auch das Labor mit voller Wucht. Allein am Montag waren es 2300 Tests, obwohl das Limit fürs tägliche Testen eigentlich bei 1700 liegt. Trotz neu angeschaffter Geräte und neuen Personals stößt das Labor mal wieder an seine Grenzen. » LÜDENSCHIED

### Nicht alles gut bei den Schnecken

Lüdenscheid – Anders als im Lockdown des vergangenen Jahres, darf bei Lüdenscheids größtem Sportverein, den Turbo-Schnecken, trainiert werden. Deshalb ist aber nicht alles gut. Im Interview mit unserer Sportredaktion schauen Vereinsvorsitzende Brigitte Klein und Ressortleiterin Saskia Zilinski auf den sportlichen Alltag im ersten Pandemiemonat des neuen Jahres. » SPORT LOKAL

## AKTUELL



### Merkel lehnt UN-Jobangebot ab

Ex-Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat ein Jobangebot von UN-Generalsekretär António Guterres aus New York abgelehnt. Merkel habe sich telefonisch „bedankt, und ihm mitgeteilt, dass sie das Angebot nicht annehmen wird“, teilte das Büro Merkels mit. Guterres hatte der 67-Jährigen den Vorsitz in einem hochrangig besetzten Beratungsgremium zu globalen öffentlichen Gütern angeboten. Beispielsweise dafür sind etwa die Ozonschicht oder international geltende Regelwerke wie jene zur Flugsicherheit. FOTO: DPA

## WETTER



1°  
Morgens



4°  
Mittags



1°  
Abends

## IM BLICKPUNKT

### NRW bleibt beim Präsenzunterricht

Düsseldorf – Nordrhein-Westfalens Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) hält trotz der steigenden Corona-Infektionszahlen am Unterricht im Klassenzimmer fest. Alle Schutzmaßnahmen dienen dem Ziel, den für die Bildungsgerechtigkeit so wichtigen Präsenzunterricht zu erhalten, sagte die Ministerin im Schulausschuss des Landtags. » NORDRHEIN-WESTFALEN

### Deutlicher Inflations-Anstieg

Wiesbaden – Mit im Schnitt 3,1 Prozent hat die Inflation in Deutschland im vergangenen Jahr den höchsten Stand seit Jahrzehnten erreicht. Verbraucher müssen sich wohl weiter auf steigende Preise einstellen: Laut Ifo-Institut wollen viele Unternehmen die gestiegenen Kosten für Energie und bei der Beschaffung von Vorprodukten an ihre Kunden weitergeben. » WIRTSCHAFT



### Trümmerfeld: Geldautomat der Sparkasse gesprengt

Unbekannte haben einen SB-Standort der Sparkasse Lüdenscheid in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch gesprengt. Zwei Explosionen rissen Anwohner in Heefeld aus ihrem Schlaf. Die Detona-

tionen hinterließen ein Trümmerfeld. Dabei wurde niemand verletzt, dennoch sind die Auswirkungen groß. Ein Sprengstoffteam des LKA war vor Ort, die Kriminalpolizei nahm den Tatort

unter die Lupe. Die Polizei geht derzeit von vier Tätern aus. Eine Zeugin beobachtete zwei verdächtige Fahrzeuge in der Nacht. Das Gebäude ist einsturzgefährdet. » LOKALES

### Deutlich mehr falsche Impfpässe

Düsseldorf – Der Polizei in NRW sind seit April vergangenen Jahres mehr als 3500 Verdachtsfälle gefälschter Impfpässe bekanntgeworden. Das hat das Landeskriminalamt mitgeteilt. Seit vergangem September sei ein deutlicher Anstieg der Fallzahlen erkennbar. Mit mehr als 1400 Fällen sei im Dezember der bisherige Höhepunkt bei den Fälschungsdelikten registriert worden.

Der in Aussicht stehende Profit spreche ein Täterspektrum an, das zum Teil auch professionell agiere. Es seien Sachverhalte bekannt, die auf einen größeren angelegten Handel mit gefälschten Zertifikate über soziale Medien und Messengerdienste schließen lassen. Bundesweit haben Polizeibehörden inzwischen weit mehr als 12000 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Inw

### CDU-Vizechef in spe für Pflichtjahr

Berlin – Der Bundestagsabgeordnete Carsten Linnemann, der künftig als Leiter der Grundsatzprogrammkommission der CDU ein neues Profil verpassen soll, fordert eine Entscheidung seiner Partei für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr. „Wir reden seit drei Jahren über ein Pflichtjahr. Hier müssen wir zu einer Entscheidung kommen, selbst wenn das Thema nicht hipp ist. Ich bin absolut dafür“, sagte Linnemann unserer Zeitung. Beim digitalen Parteitag am Samstag kandidiert der 44-Jährige für einen der fünf Vize-Posten des künftigen Parteichefs Friedrich Merz. » THEMA DES TAGES

# Debatte um die Impfpflicht

## Lauterbach für schnelle Einführung / Zweifel beim Beamtenbund

Berlin – Eine Woche vor der „Orientierungsdebatte“ im Bundestag wird kontrovers über die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht diskutiert. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) warb auch vor dem Hintergrund des Rekords von mehr als 100000 registrierten Neuinfektionen an einem Tag eindringlich für die Maßnahme, zurückhaltend zeigte sich unter anderem der Deutsche Beamtenbund (DBB).



Karl Lauterbach (SPD)  
Bundesgesundheitsminister

### ■ Befürworter

„Es führt kein Weg mehr an einer Impfpflicht vorbei“, sagte Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD). Sonst werde immer wieder neu die Gefahr bestehen, „dass die Krankenhäuser überlastet werden“. Die Impfpflicht müsse schnell kommen, meinte Lauterbach. „Wenn wir einen Antrag machen wollen, der noch funktioniert, dann ist das ein Antrag, der die Impfpflicht in Kraft setzt (...) im April oder um den April herum, vielleicht im Mai.“ Bis Ungeimpfte dann drei Impfungen hätten, sei es September oder

Oktober. Abgewendet werden solle eine nächste Corona-Welle im Herbst, wie sie von Virologen ohne eine ausreichende Gesamtimmunsierung erwartet wird. Den Höhepunkt der aktuellen, durch die Virusvariante Omikron ausgelösten Welle erwartet Lauterbach „wahrscheinlich Mitte Februar“.

Wie Lauterbach befürwortet auch Kanzler Olaf Scholz (SPD) eine Impfpflicht. Es soll aber keinen Regierungsvorschlag geben. NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hat den regierenden Ampel-Parteien die „konstruktive“ Mitarbeit der Länder angeboten – „gerade in dieser zentralen Frage“.

### ■ Skeptiker

Der DBB hält eine allgemeine Impfpflicht für schwer um-

### Kein Bestandschutz

Für ältere Genesenenachweise, die schon vor der jüngsten Verkürzung der Geltungsdauer vorlagen, gibt es keinen Bestandschutz. Das hat ein Sprecher des Bundesgesundheitsministeriums klargestellt. Die Regelung zur Verkürzung sei direkt umgesetzt worden und gelte direkt. Seit Samstag gilt der Genesenenstatus nur noch für eine Zeitspanne zwischen 28 und 90 Tagen nach einem positiven PCR-Test. Vorher galt er etwa doppelt so lange. Nachweise von Anfang Oktober zum Beispiel sind damit jetzt abgelaufen. dpa

setzbar. Mit ihrer derzeitigen Ausstattung seien die Behörden kaum in der Lage, eine Impfpflicht sinnvoll zu kontrollieren, sagte der DBB-Vorsitzende Ulrich Silberbach.

Auch der Vorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Gerald Gaß, hält einen Verzicht auf die Maßnahme für denkbar – wegen der Erfahrungen mit dem milderen Verlauf bei einer Infekti-

on mit der Omikron-Variante. „Wenn Corona tatsächlich nur noch als eine Grippe angesehen wird, dann muss das Virus auch so behandelt werden“, sagte er. Dann brauche es keine allgemeine Impfpflicht – und auch keine Impfpflicht für medizinisches Personal. Ab dem 15. März müssen alle Personen, die in Gesundheitseinrichtungen tätig sind, einen vollständigen Nachweis einer Covid-19-Impfung vorlegen. Der Grünen-Gesundheitsexperte Janosch Dahmen hielt Gaß entgegen: „Omikron ist milder, aber nicht mild.“

Für Debatten sorgte eine Äußerung des Chefs der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Andreas Gassen, die Mediziner würden einen Gesetzesbeschluss zur allgemeinen Impfpflicht in ihren Praxen nicht umsetzen. „Wir werden unseren Ärzten nicht zumuten, eine Impfpflicht gegen den Willen der Patienten zu exekutieren“, sagte Gassen. Später stellte er dann klar, er habe nur ausdrücken wollen, dass die Durchsetzung einer Impfpflicht Aufgabe des Staates sei. afp/dpa/kna

» KOMMENTAR

## Mehr Pendler trotz Homeoffice

### Gewerkschaft sieht Ursachen in hohen Mieten und Häuserpreisen

Frankfurt/Main – Trotz Corona-Pandemie und Homeoffice-Pflicht hat die Zahl der Berufspendler im vergangenen Jahr zugenommen. 3,5 Millionen Beschäftigte arbeiteten 2021 nicht in dem Bundesland, in dem sie lebten, das waren 150000 mehr als 2020, wie die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG Bau) unter Berufung auf Daten der Bundesagentur für Arbeit mitteilte. Hauptproblem seien teure Mieten und Häuserpreise: „Sie zwingen Millionen Beschäftigte zu stundenlanger Fahrerei“, sagte Gewerkschaftschef Robert Feiger.

Den Daten der Bundesagentur für Arbeit zufolge musste 2021 mehr als jeder

zehnte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sein Bundesland auf dem Weg zur Arbeit verlassen. Im Vergleich zum Vorjahr war das eine Steigerung um 4,5 Prozent. Zu den Ländern, in die besonders viele Menschen von außerhalb zum Arbeiten kommen, zählten im vergangenen Jahr NRW (461000), Baden-Württemberg (426000) und Bayern (425000). Einen besonders hohen Anteil an sogenannten Auspendlern – Beschäftigten, die für den Job ihr Bundesland verlassen – gab es in Niedersachsen (454000), Rheinland-Pfalz (338000) und Brandenburg (305000).

„Die Zahlen bewegen sich seit Jahren auf einem sehr ho-

hen Level“, erklärte der Chef der IG Bau. Längst nicht jeder könne Homeoffice machen – viele Menschen müssten weite Pendelwege in Kauf nehmen, um zur Arbeit zu kommen. „Strecken von mehr als 100 Kilometern sind etwa für Bauarbeiter alles andere als eine Seltenheit.“

Die weiten Wege gingen nicht nur zulasten der Betroffenen, denen wertvolle Zeit für die Familie verloren geht, sondern schaden auch der Umwelt, erklärte Feiger. Ein entscheidender Beitrag gegen den „Pendel-Wahnsinn“ sei die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum – und zwar möglichst in den Orten, in denen die Menschen arbeiten und leben wollen.“ afp



### Sauna-Boom in der Pandemie

Öffentliche Saunabäder mussten in der Pandemie monatelang schließen, dafür verkauften Hersteller zunehmend Saunen an Privatleute. Eine Fass-Sauna aus Holz zum Beispiel lässt sich in den Garten stellen und kann sogar per Anhänger transportiert und vermietet werden. „Während die öffentlichen Saunabäder pandemiebedingt 30 bis 50 Prozent Umsatz einbußen verschmerzen müssen, haben Hersteller mit privaten Saunas 15 bis 20 Prozent höhere Verkaufserlöse“, sagt Rolf-Andreas Pieper, Mitglied im Präsidium des Deutschen Sauna-Bundes. FOTO: DPA

Kundenservice  
(0800) 8000 105



4 0003